

Festrede

„Für Hilfe, die wirklich hilft!“

**Thomas Gebauer,
Geschäftsführer von medico international**

Es ist mir eine große Ehre, die Festrede für eine so altherwürdige Organisation wie das DZI halten zu dürfen: 125 Jahre, ich denke, da darf man – ohne es abfällig zu meinen – von altherwürdig sprechen.

medico international, die Organisation, für die ich arbeite, ist dagegen gerade einmal 50 Jahre alt. Das ist nichts im Vergleich zu der langen Geschichte des DZI, vor allem, wenn wir die historischen Umstände berücksichtigen, mit denen sich das DZI in all den Jahren auseinandersetzen hatte.

Da sind nicht nur die beiden Weltkriege zu nennen, sondern auch so unterschiedliche Gesellschaftssysteme, wie das Kaiserreich, die Weimarer Republik, der Faschismus und schließlich die heutige Bundesrepublik.

Es verwundert nicht, dass sich in der Auseinandersetzung mit so unterschiedlichen Rahmenbedingungen viel Wissen über die Stärken und Schwächen der sozialen Arbeit ansammeln ließ. Systematisch hat das DZI dieses Wissen für die wissenschaftliche und professionelle Weiterentwicklung des sozialen Berufsfeldes genutzt. Ein Wissen, das sich in einer der größten deutschsprachigen Fachbibliotheken für Soziale Arbeit, Sozialpädagogik und Wohlfahrtspflege niederschlagen hat. Über 200 Universitäten sind heute auf die Datenbank des DZI abonniert. Immer

wieder organisiert das DZI Debatten zu Themen von aktueller Relevanz, so etwa kürzlich zur Frage der „Wirtschaft in der sozialen Arbeit“. Ich werde darauf später zurückkommen.

In der Vorbereitung zu meiner Rede habe ich auch ein wenig in den historischen Dokumenten des DZI gestöbert. Was mir da begegnet ist, war so spannend, dass ich gerne mehr Zeit dafür gehabt hätte. Ich kann Ihnen nur empfehlen, selbst einmal einen Blick in der Geschichte des DZI zu werfen. Sie werden staunen, mit welcher Klarsicht die Gründer des DZI über ihr Metier gedacht haben. Und von welcher Aktualität die damaligen Debatten noch immer sind.

Was in der Geschichte des DZI auffällt, ist nicht so sehr die anhaltende Bedeutung sozialer Fragen – alles andere wäre ja angesichts der Verhältnisse, die in der Welt herrschen, auch höchst verwunderlich. Nein, bemerkenswert ist vor allem das besondere Verständnis, mit dem sich das DZI in all den Jahren für die Entwicklung der sozialen Arbeit eingesetzt hat. Darin geht es nicht allein um fachlicher Professionalität, sondern auch um ein Nachdenken über der Rolle, die soziale Arbeit in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext spielt.

Ich betone das, weil ein solcher selbstreflexiver Umgang keineswegs selbstverständlich ist. Gerade in der Gegenwart scheint mir die Bereitschaft zur kritischen Betrachtung des eigenen Tuns mehr und mehr verloren zu gehen. Mitunter heißt es dann, für eine Betrachtung der gesellschaftlichen Umstände gebe es aufgrund der Dringlichkeit der Probleme keine Zeit. Pragmatisch-effiziente Lösungen seien gefragt, ein unmittelbares Zupacken, nicht aber der analytisch-wissenschaftliche Blick. Und wer es dennoch wagt, grundsätzliche Fragen aufzuwerfen und sich beispielweise nach den Ursachen von Krieg, Hunger und Flucht erkundigt, kann sich rasch dem Vorwurf der Ideologie ausgesetzt sehen.

Aber dass die Auseinandersetzung mit Hilfe und soziale Arbeit mehr verdient als pragmatische Erwägungen, zeigt der Blick in die Anfänge des DZI. Damals, im ausgehenden Kaiserreich waren die sozialen Probleme keineswegs kleiner als heute, eher war das Gegenteil der Fall. Dennoch war schon den Gründern des DZI – es entstand damals als Auskunftsstelle der „Deutschen Gesellschaft für Ethische Kultur“ – klar, dass es um mehr als unmittelbare Hilfe gehen müsse. „Wer Gerechtigkeit zu fordern hat, dem sei mit den Almosen der Wohltätigkeit nicht gedient“, so Georg von Gizycki, einer der Gründungsväter des heutigen DZI, wörtlich. Die Wohltat befriedige oft nur den Geber, während sie in vielen Fällen den Empfänger beschäme, so Gizycki weiter.

Das sind Einsichten, die auch heute noch uneingeschränkt gelten. Sie bedeuten keineswegs, Hilfe als solches in Frage zu stellen. Hilfsbereitschaft und Hilfe sind Ausdruck von Mitgefühl und grundlegend für menschliches Zusammenleben. Aber: Hilfe ist nicht davor gefeit, für eigennützige Zwecke missbraucht zu werden. Und sie ist leider auch nicht davor geschützt, in ihrer Bedeutung überhöht zu werden.

„Tausend Fragen, eine Antwort, Helfen“ - war vor einige Jahren auf Werbeplakaten von Hilfsorganisationen zu lesen, und viele fragten sich erstaunt: Wirklich nur eine Antwort? Lässt sich allein mit Hilfe die Welt verbessern? Ist das nicht etwas unterkomplex?

Zumal wir doch längst auch wissen, dass Hilfe zur Stabilisierung eben der Verhältnisse beitragen kann, die Not und Bedürftigkeit immer wieder aufs Neue entstehen lassen. Dann nämlich, wenn Hilfe bestehende gesellschaftliche Missstände lediglich abfedert, nicht aber auf deren nachhaltige Überwindung drängt.

Es ist gut und richtig, einem Obdachlosen ein Bett für die Nacht zu geben, schrieb Bertolt Brecht in seinem 1930 entstandenen Gedicht „Die

Nachtlager“. Allerdings, so Brecht weiter, werde dadurch „die Welt nicht anders, [...] das Zeitalter der Ausbeutung nicht verkürzt“.

Das Dilemma, das hier aufscheint, ist uns allen wohl bekannt. Es begegnet uns in der Praxis der Hilfe quasi permanent. Damals wie heute. Hierzulande wie überall in der Welt.

Für die Recherche zu einem Buch, das der Schriftsteller Ilja Trojanow und ich gemeinsam zum Thema Hilfe geschrieben haben, sind wir auch nach Pakistan gereist. Wie es der Zufall wollte, waren wir schon am ersten Abend mitten im Thema. Im Garten eines der gehobenen Hotels von Karachi wurde eine Kunstausstellung über den „Hunger“ eröffnet. In gediegener Atmosphäre reichten livrierte Kellner den Gästen erlesene Getränke. Eine UN-Diplomatin verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass mit der neuen nachhaltigen Entwicklungsagenda, den SDGs, endlich auch den Hunger bekämpft werden könne. Artig hörten die Gäste zu, viele aber schielten bereits zu dem reichhaltigen Buffet mit europäischen Speisen, das am Rande aufgebaut war. Dort standen auch drei junge Menschen der „Robin-Hood-Armee“, einer lokalen Organisation, die übrig gebliebenes Essen an Hungerleidende verteilt – etwa so, wie es auch die Tafeln in Deutschland tun. Das Gespräch mit den Aktivisten offenbarte einen Teufelskreislauf: Die Verhältnisse in Pakistan bedingen sehr viel mehr Hilfe, als sie leisten können. Sie hegen keine Illusionen über die begrenzte Wirkung ihrer Aktionen. Zu einer nachhaltigen Bekämpfung von Hunger würde es grundsätzlicher Eingriffe in bestehende Ungleichheiten und Machtverhältnisse bedürfen. Dennoch engagieren sie sich für den sprichwörtlichen Tropfen auf den heißen Stein. Im Gegensatz zu tiefgreifenden Veränderungen erscheint dieser erreichbar.

Und so spiegelt sich das Elend der Welt auch im Handeln der Helfer. Viel zu oft scheitern die guten Absichten an den herrschenden Verhältnissen.

Hilfe ist notwendig, weil davon das existentielle Überleben von Menschen abhängen kann, aber genauso ist Hilfe auch zu kritisieren, so wie die DZI Gründer gesagt haben: Wer Gerechtigkeit zu fordern hat, darf es nicht bei Almosen belassen. Wie groß müsste denn das weltweite Buffet ausfallen, um alle Hungerenden von den Resten satt zu machen? Ganz offensichtlich leidet die Welt nicht an zu wenig Hilfe, sondern an Verhältnissen, die immer mehr Hilfe notwendig machen.

Schauen wir nochmals zurück in die Geschichte des DZI, in die Zeit vor dem ersten Weltkrieg, die nicht nur von Masseneleid geprägt war, sondern auch eine Flut von Wohltätigkeitsveranstaltungen kannte. Auf denen wurde getanzt, getrunken und gegessen – für den guten Zweck versteht sich. Albert Levy, der Vorsitzende der „Zentrale für private Fürsorge“, ein Vorläufer des DZI, ließ an solchen Festen kein gutes Haar. Man müsse alle Kräfte aufwenden, um, so Levy wörtlich „den Kampf gegen die zahlreichen Wohltätigkeitsfeste zu führen, die in jedem Winter von neuem den Boden, der mühsam einer gesunden Auffassung der Wohlfahrtspflege abgewonnen wurden, zu überwuchern drohen.“ „Unsere Zeit duldet keine Feste!“, geißelte er das „Spendenunwesen“, das im Zuge des Ersten Weltkriegs noch einmal zunahm.

Leider scheinen wir uns gegenwärtig wieder an ein solches „Spendenunwesen“ zu gewöhnen. Denken Sie nur an die vielen Promi-Galas und Wohltätigkeitsbasare, auf denen es mehr um den Event als solchen als um Hilfe geht: das Charitainment. Diejenigen, für die auf den Bällen und Dinern gesammelt wird, bieten dabei meist nur den Anlass für eine unterhaltsame Veranstaltung, letztlich sind sie austauschbar. Man spendet gerne. Ob für hungernde Kinder in Afrika oder das Krankenhaus nebenan ist zweitrangig. „Humanismousse au chocolate“ spottete der Kabarettist Georg Schramm.

Man wolle der „Gesellschaft etwas zurückgeben“, hört man mitunter prominente Spenderinnen und Spender sagen, von denen nicht wenige noch das letzte Schlupfloch nutzen, um keine Steuern zahlen zu müssen. Steuern, mit denen unter demokratischen Bedingungen sehr viel wirksamer und gerechter für Ausgleich gesorgt werden könnte; Steuern, die es aber nicht erlauben, sich als gönnerhafter *donor* zu sehen. So wird Hilfe zur Legitimation einer privilegierten Lebensweise. Eine Welt, die in Arme und Reiche gespalten ist, mag empören; eine Welt aus Helfern und Hilfeempfängern dagegen erscheint viel sympathischer, fast schon versöhnlich.

In den historischen Protokollen des DZI können Sie lesen, wie man damals auf die Wohltätigkeitsfeste reagierte. Da ist nicht nur von Empörung die Rede, sondern vor allem von der Notwendigkeit einer Neuordnung der Wohlfahrtspflege. Der schon erwähnte Albert Levy begrüßte den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, die nach dem Ersten Weltkrieg einsetzte, betonte aber zugleich die Bedeutung einer freien Wohlfahrtspflege, der die Aufgabe zufiele, das staatliche bzw. kommunalen Unterstützungswesens zu ergänzen. Noch immer waren die Ideen der damaligen DZI-Führung von großem Idealismus geprägt, aber mit dem Drängen auf ein Zusammenwirken von öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege wurde etwas angelegt, das sich später als höchst bedeutungsvoll herausstellen sollte: Die Rolle unabhängiger zivilgesellschaftlicher Akteure nicht zuletzt als Korrektiv staatlicher Institutionen.

Denn staatliche Wohlfahrtspflege kann viele Motive haben – gute wie schlechte. Im preußischen Deutschland beispielsweise gehörte die Sorge um die Gesundheit der Menschen zu den Aufgaben örtlicher Polizeiverwaltungen. Erklärtes Ziel öffentlicher Gesundheitspflege war nicht, für das Wohlbefinden der Menschen zu sorgen, als vielmehr die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu sichern. Später kam die Si-

cherstellung von Wehrfähigkeit hinzu, schließlich die wahnhaftige Idee einer nationalsozialistischen Rassenhygiene.

So gut und richtig der Weg von einer gönnerhaften Armenpflege zu verlässlichen sozialstaatlichen Institutionen gewesen ist, dürfen solche Gefahren nicht übersehen werden. Gerade die Zeit des Faschismus zeigt, wie sozialstaatliche Maßnahmen auch zur Stabilisierung repressiver Verhältnisse missbraucht werden können. Ohne eine demokratische Kontrolle von öffentlicher Daseinsvorsorge, ich sollte besser sagen: ohne deren demokratische Konstitution, kann sich keine an den Bedürfnissen und Rechtsansprüchen von Menschen ausgerichtete Wohlfahrtspflege entwickeln.

Umgekehrt aber gilt es auch die Ambivalenz von zivilgesellschaftlichen Akteuren zu sehen. Auch die können – ich habe es schon erwähnt – zur Stabilisierung von Unrechtsverhältnissen beitragen. Die oft hervorgehobene größere Nähe von Nicht-Regierungs-Organisationen zu den Menschen hat auch ihre Schattenseite. Es stimmt, dass NGOs weniger bürokratisch handeln als Sozialbehörden, aber sie können nie für eine allgemeine soziale Sicherung sorgen und schon gar nicht dem in vielen Verfassungen der Welt garantierten Rechtsanspruch auf soziale Sicherung entsprechen. Dem Recht auf soziale Sicherung, ein universelles Menschenrecht, sind öffentliche Einrichtungen – zumindest dem Anspruch nach – verpflichtet; ihnen gegenüber können Bedürftige Rechte geltend machen, nicht aber gegenüber den vielen privaten Initiativen, die heute überall entstehen. Wohlgemerkt: ich spreche jetzt nicht von den großen Trägern der Wohlfahrtspflege, die im Rahmen von gesetzlich geregelten Versorgungsverträgen auch in einer Versorgungspflicht stehen, sondern von privaten Hilfsinitiativen und dem oft gepriesenen Ehrenamt. Gegenüber solchen sozialen Initiativen treten hilfsbedürftige Menschen immer nur als Bittsteller auf. Und so ist die wachsende Bedeutung von zivilge-

sellschaftlichen Helfern nicht nur ein Zugewinn an Demokratie, sondern auch dessen Gegenteil: ein Ausdruck der Re-Feudalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, wobei sich öffentliche Institutionen ihrer Aufgaben umso leichter entledigen können, wie sie sich an zivilgesellschaftliche Akteure abschieben lassen. Der Sozialreformer Pestalozzi, ein Zeitgenosse der Französischen Revolution, kommentierte dies mit den markanten Worten: »Wohltätigkeit ist das Ersaufen des Rechts im Mistloch der Gnade«.

Es ist also ein Spannungsfeld, in dem sich soziale Arbeit und Hilfe ereignen; ein Spannungsfeld aus öffentlichem und zivilgesellschaftlichem Engagement. Und wie darin Hilfe ausgeübt wird, sagt viel über den Zeitgeist und den Zustand von Gesellschaften aus.

Schauen wir zunächst nach Deutschland, wo heute zwischen ein und zwei Millionen Menschen aufgrund von Altersarmut, prekären Arbeitsverhältnissen und unzureichenden staatlichen Beihilfen auf Lebensmittelspenden angewiesen sind. Eine Forschungsgruppe der Universität Duisburg-Essen und der TU Dortmund hat die Verbreitung von Suppenküchen, Kleiderkammern oder Sozialkaufhäusern untersucht. Das Ergebnis: Die Zahl aller Hilfsangebote, knapp fünftausend im ganzen Land, ist um ein Vielfaches höher als zuvor angenommen. Der »Bundesverband der Tafeln« spricht von 900 Tafeln, die Wohlfahrtsverbände von etwa 1200 bis 1300 Angeboten. Da scheint es eine große Dunkelziffer zu geben. Klar jedenfalls ist, dass ein beschämend hoher Teil der Bevölkerung von prekären Formen der Existenzsicherung abhängt.

Aber wenn schon in einem reichen Land wie Deutschland die Armut so groß ist, wie groß muss sie erst in der Welt sein; in den Ländern des Südens beispielweise, deren Integration in den Weltmarkt zu dramatischen sozialen Verwerfungen geführt hat. Zwischen 30-50 Länder gelten der

OECD inzwischen als sogenannte „failed states“, deren Staatswesen mitunter bis zur Unkenntlichkeit ausgehöhlt bzw. auf repressive Machtapparate reduziert worden sind. Ohne Zugang zu verlässlichen Formen gesellschaftlicher Existenzsicherung sind dort unzählige Menschen allein auf das Mitleid von Gebern und Helfern angewiesen bzw. darauf, dass man überhaupt auf sie aufmerksam wird. Denn nur die wenigsten erreicht Hilfe von außen. 450 Millionen Menschen sollen nach Ende des Ost-West-Konfliktes vorzeitig aufgrund von Armut gestorben sein, errechnete es der Philosoph Thomas Pogge. Das sind mehr Tote als in allen Kriegen des 20. Jahrhunderts zusammen.

Zuletzt haben internationale Hilfsorganisationen, aber auch die Bundesregierung immer wieder betont, dass der Bedarf an Hilfe die zur Verfügung stehenden Mittel übersteigt. Mit Hilfe allein ist der Hungersnot, die in großen Teilen Ostafrikas herrscht, nicht beizukommen. Umfassendere sozial- und wirtschaftspolitische Interventionen wären nötig, um dem Elend wirkungsvoll zu begegnen.

Wie gut, werden Sie an dieser Stelle vielleicht einwenden, dass wir mit der nachhaltigen Entwicklungsagenda, den SDGs, nun ein weltweit verabredetes Programm haben, das genau solche Interventionen verspricht? – Ja, die Ziele der SDG-Agenda sind perfekt; dennoch hat die Euphorie zuletzt nachgelassen. Immer deutlicher wurden die Fallstricke, die in den Ausführungsbestimmungen der Agenda, dem Kleingedruckten, angelegt sind.

Nicht über eine gerechte Verteilung der weltweit vorhandenen Ressourcen sollen die Ziele verwirklicht werden, sondern in erster Linie durch Wirtschaftswachstum, für den die Länder jeweils selbst zu sorgen haben. Unter Respektierung aller bestehenden Verträge, versteht sich, so auch

der vielen Freihandelsabkommen, die den Handlungsspielraum gerade der ärmeren Länder drastisch einschränken.

Für die Umsetzung der SDG-Agenda sind große Anstrengungen und ist sehr viel Geld notwendig. Vorsichtige Schätzungen belaufen sich auf drei bis vier Billionen Dollar pro Jahr. Mit den knapp 150 Milliarden Dollar, die gegenwärtig von den Industrieländern für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet werden, kommt man nicht weit. Auch die 64 Milliarden Dollar, die von privaten Philanthropen beigesteuert werden, bleiben nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wie also soll den SDGs angesichts dieser offenkundigen Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit entsprochen werden? Es scheint, dass sich die Privatwirtschaft eben diese Lücke zunutze machen will. Die wundersame Umwandlung von Milliarden in Billionen könne gelingen, wenn die unzureichenden öffentlichen Mittel genutzt würden, um Anreize für Investitionen zu schaffen. Nachhaltige Hilfe, so heißt es heute immer öfter verlange nicht nach mehr „Geben“, sondern nach mehr „Investieren“.

Und an Geld mangelt es ja nicht. Es ist sogar im Überfluss vorhanden. Aufgrund der verfehlten Finanz- und Steuerpolitik der zurückliegenden Jahre ist es nur nicht dort, wo es gebraucht wird. Den klammen öffentlichen Kassen stehen riesige private Vermögen gegenüber, deren Verwalter heute händeringend nach profitablen Anlageoptionen suchen.

Und hier schließt sich der Kreis mit der Aushöhlung staatlicher Sozialpolitik, die in den Ländern des Südens sehr viel weiter vorangeschritten ist, als hierzulande, drängen heute neue Akteure auf das Feld der Daseinsvorsorge. Mit ihnen, so steht zu befürchten, könnte sich die Idee einer demokratisch kontrollierten Balance zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege vollends verflüchtigen. Dann nämlich, wenn es nicht

mehr Grundsätze wie Gerechtigkeit, Gemeinwohl und Selbstorganisation sind, die die soziale Arbeit und mit ihr die Hilfe bestimmen, sondern Fragen von Wachstum und Rendite.

Zukunftsmusik? - Keineswegs. „Impact Investing“ heißt eines der neuen Zauberworte im Sozialwesen. Es steht für Investitionen, die neben einer finanziellen Rendite auch soziale und ökologische Wirkungen erzielen sollen. Tatsächlich mehren sich in Politik und Wirtschaft die Stimmen, die eine neue Partnerschaft zwischen Geschäftswelt und Sozialwesen verlangen.

Mit der gemeinnützigen PHINEO AG hat sich eine erste Servicestelle gebildet, die Kapital an zivilgesellschaftliche Initiative vermittelt und diese in der Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Managementkriterien anleitet. Das erklärte Ziel: Wirkung optimieren!

Private Vermögen für soziale Zwecke nutzbar zu machen und dabei auch noch auf Wirkung zu achten – das klingt gut und allzu leicht könnte man die Gefahren, die in der Einbeziehung von Hilfe in den Kapitalzusammenhang liegen, übersehen.

Im will Ihnen das an einem Beispiel erläutern: Um in Afrika dringend benötigte Rehabilitationszentren für Menschen mit Behinderungen aufbauen zu können, hat das „Internationale Komitee vom Roten Kreuz“ kürzlich über eine Anleihe, einen sogenannten „Humanitarian Impact Bond“, von europäischen Rückversicherer Kapital eingeworben. Bei Erreichung der Projektziele können die nicht nur mit einer Refinanzierung rechnen, sondern erhalten obendrein von eine Rendite von sieben Prozent – bezahlt aus Steuermitteln. Die Absurdität solcher Finanzierungsmodelle wird deutlich, wenn wir uns statt Rückversicherer Rüstungsfirmen als Kapitalgeber vorstellen. Dann ließe sich mit den Schrecken der Welt gleich zweimal ein Geschäft machen.

Der Teufel aber steckt auch im Detail. Woran soll z.B. die Wirksamkeit von Hilfe gemessen werden? Im Falle der Reha-Zentren des IKRK hat man sich auf die Zahl der produzierten Prothesen geeinigt. Wer sich ein wenig mit der Lage von Menschen mit Behinderungen beschäftigt hat, weiß, dass Prothesen zwar wichtig sein können, aber alleine nichts über das Gelingen von Inklusion aussagen. Hier wird die Gefahr, die mit der Ausrichtung von Hilfe an quantifizierbaren betriebswirtschaftlichen Kennziffern einhergeht, deutlich. Große Ziele wie Inklusionsbemühungen, die Schaffung sozialer Gerechtigkeit oder interkulturelle Verständigung, Ziel mithin, die sich nur schwer messen und schon gar nicht eng terminiert verwirklichen lassen, werden aus dem Kanon sozialen Handelns verschwinden.

Zu welch abstrusen Blüten solche reduzierten Wirkungsmessungen führen können, zeigt der „Charity Evaluator“, der von zwei ehemalige New Yorker Hedge-Fonds Analysten gegründet wurde und nun alljährlich die effektivste Wohltätigkeitsorganisation ermittelt. Wichtigste Berechnungsgröße ist der mathematisch exakt erfasste Quotient aus den Kosten z.B. für die Behandlung einer Krankheit und dem Zugewinn an „qualitätskorrigierten Lebensjahren“. Die effektivste Hilfsorganisation, so fand es der Charity-Evaluator heraus, sei die „Against Malaria Foundation. Die wendet ca. 2.300 Dollar für die Rettung eines Lebens auf. Die logische Konsequenz solcher Berechnungen: teurere Behandlungen sind ineffizient, das Bemühen um gesundheitsfördernde Lebensumstände, die Krankheiten vorbeugen, schon gar nicht. Nicht die Bekämpfung von Armut (die bekanntlich krank macht) ist in den Augen der sogenannten „effektiver Altruisten“ die wirksamste Lösung, sondern z.B. das Verteilen von Moskitonetzen.

Und hier kommt das DZI wieder ins Spiel. Ausgiebig hat es sich mit der Frage der Wirkungsmessung von Hilfe beschäftigt und sich dabei offen-

bar auch an Albert Einsteins berühmte Warnung erinnert, dass nicht alles, was wichtig ist, gemessen werden kann, und nicht alles, was gemessen wird, auch wichtig ist.

Ist das Engagement von Menschenrechtsorganisationen gegen einen übermächtigen Gegner nur deshalb falsch, weil es anfangs womöglich aussichtslos erscheint, mit vielen Rückschlägen behaftet sein kann und sich schließlich über Jahre, ja Generationen hinweg ziehen kann?

Das DZI hat sich gegen zu eng geführte Wirkungsanalysen, wie sie heute immer wieder propagiert werden, entschieden. Wichtige Gesichtspunkte, wie die Schaffung von Vertrauen zwischen den Kooperationspartnern oder die Förderung partnerschaftliche Prozesse würden so gar nicht oder nur am Rande beachtet.

Bewusst setzt das DZI auf eine holistische Bewertungsmethode, die Hilfe und soziales Handeln in einem größeren Kontext betrachtet. Ja, auch dem DZI, auch seriösen Hilfsorganisationen, sind wirtschaftliche Kriterien, wie Sparsamkeit, Wirkungsbeobachtung, offene Rechnungslegung und Transparenz wichtig. Die Vorstellung aber, man könne die Verwirklichung der Menschenrechte oder die Bewahrung der Umwelt wie die Produktion und den Vertrieb von Coca Cola oder Computern an einem Reißbrett planen, führt in die Irre. Selbst bei einer so einfachen Sache wie dem Fußball, die ein fest umrissenes Spielfeld, klar definierte Regeln und ein begrenzte Zahl von Akteuren kennt, ist es noch niemanden gelungen, ein Tor vorherzusagen?

Und so sind es nach wie vor zuallererst das Mitgefühl und die menschliche Solidarität, auf die sich soziales Engagement und Hilfe gründen sollten. Eine Hilfe, die immer auch als ein Statement gegen die Entsolidarierung von Gesellschaften gesehen werden muss, die im Zuge der neoliberalen Umgestaltung der Welt so beunruhigend vorangeschritten ist.

Tatsächlich liegt in den vielen kleinen und größeren Spenden, die von der Bevölkerung aufgebracht werden, auch so etwas so etwas wie ein Gegenentwurf zum Philanthrokapitalismus eines Bill Gates. Eine Hilfepraxis, in der das Geben noch nicht von eigennützigen Tauschüberlegungen dominiert wird, sondern Zeichen einer anderen, einer solidarischen Welt ist.

Lassen sich mich zum Schluss noch einen Gedanken stark machen. Ohne Frage ist mit der Globalisierung die Welt näher zusammengerückt. Immer deutlicher wird heute die Unmöglichkeit, Problemen alleine im nationalen Rahmen begegnen zu können. Aufgrund der tiefen sozialen Verunsicherungen, die der bisherigen Globalisierungsprozess gebracht hat, sind wir zwar gegenwärtig mit einer höchst zweifelhaften und gefährlichen Renaissance des Nationalen konfrontiert, doch wissen letztlich alle, dass es auf Dauer keine Alternative zu einer politischen Gestaltung der globalen Verhältnisse gilt.

Die aber ist angesichts der großen sozialen Gegensätze, die in der Welt heute zu beklagen sind, nicht mehr nur eine außenpolitische Frage, sondern eine Frage von Weltsozialpolitik – so etwa, wie sie in den Bemühungen um einen Nord-Süd Ausgleich eines Willy Brandt angelegt war.

In gewisser Weise ist die gegenwärtige globale Lage vergleichbar mit der nationalen Lage zu Zeiten der Gründung des DZI. Wie damals ist das zivilgesellschaftliche Engagement dem öffentlichen weit voraus. Hilfsorganisationen und deren Netzwerke tun alles in ihrer Kraft stehende, um das weltweite Armutsgefälle, die Fehler im globalen System auszugleichen. Notwendig aber wären verlässliche Strukturen, mit anderen Worten: der Aufbau einer internationalen öffentlichen Wohlfahrtspflege, die allen Menschen an allen Orten der Welt den Zugang zu einem würdevollen Leben eröffnen könnte.

Ideen, wie eine solche grenzüberschreitende Daseinsvorsorge umzusetzen wäre, gibt es durchaus. Längst sind es nicht mehr nur visionäre Denker, die beispielsweise über die Bedeutung eines allgemeinen Grundgehaltes nachdenken. Auch das Davoser Weltwirtschaftsforum tut es, nicht zuletzt mit Verweis auf die guten Erfahrungen, die mit „cash-transfer“ Projekten in der Entwicklungszusammenarbeit gemacht wurden.

Ein Internationaler Fonds für Gesundheit, eine Art „globale Bürgerversicherung“, könnte für einen universellen Zugang zu verlässlichen Gesundheitsversorgungssystemen sorgen. Auch das klingt utopisch, aber es sind nicht mehr nur Menschen wie ich, die eine Internationalisierung des Solidarprinzips fordern, sondern auch Kollegen in der GIZ, der Weltbank und in der UN.

Organisatorisch und finanziell wäre eine solche globale soziale Infrastruktur übrigens gut machbar. Sie scheitert nicht an fehlenden Ressourcen, sondern am mangelnden politischen Willen - und der irrigen Annahme, Wohlfahrtspflege könne heute noch im nationalen Rahmen gesichert werden. Es ist, davon bin ich überzeugt, das Gegenteil der Fall: nur über die Ausweitung von Daseinsvorsorge ins Globale wird sie sich auch in nationalen Kontexten erhalten lassen.

Für die Zukunft tut sich hier ein weites Betätigungsfeld auf, eines, das unbedingt auch die Expertise eines starken und unabhängigen DZIs braucht, eines, das auf eine gute Balance zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege im Globalen drängt. Das Ziel weltgesellschaftlicher Verhältnisse, von dem Immanuel Kant gesprochen hat, liegt vor uns. Und selbst wenn wir für dessen Verwirklichung weitere 125 Jahre brauchen sollten: es ist der Mühe wert.

Vielen Dank